



## «Bin doch erst 13» – «Umso besser!»

*Seit der Pandemie hat der Konsum von Kinderpornografie dramatisch zugenommen. Auch in der Schweiz. Die Täter sind nicht mehr nur Pädophile. Doch der Kampf gegen den Missbrauch von Kindern im Internet wird von den Behörden vernachlässigt. Ein Schweizer Polizist, der diese kritisierte, nahm sich im Sommer das Leben.*

Von Sacha Batthyany und Katharina Bracher, NZZ am Sonntag Magazin,  
22.11.2020

### **I. Die Täter**

Wie begrüsst man einen Menschen, der jahrelang Unmengen von Nacktbildern kleiner Kinder gesammelt hat und in einem Chat schrieb, davon zu träumen, einen Säugling zu penetrieren? Wünscht man ihm lächelnd einen guten Tag?

Bruno Kistler trägt einen grünen Anorak mit Klettverschlüssen und Schuhe mit guten Sohlen. Er heisst in Wirklichkeit anders, aber Männer seines Alters, 63, könnten durchaus so heissen. Kistler schlug vor, wandern zu gehen, trotz eisiger Novemberkälte. In der Natur, sagt er, da fühle er sich unbeobachtet, da könne er reden.

Wir hatten ausgemacht, dass er uns erzählt, wie alles begann, wie er sich mit Gleichgesinnten aus der ganzen Welt austauschte und wie er heute auf diese Zeit zurückblickt, in der er kinderpornografisches Material sammelte wie andere Fussballbilder von Panini. Tausende von Videos hat die Polizei bei Kistler sichergestellt und Chat-Protokolle, bei denen der RichterIn, die beim Prozess daraus vorlas, die Stimme wegbrach.

Psychologen unterscheiden jeweils zwischen der Tat, die jemand begangen hat, und dem Menschen. Die Tat darf nie verharmlost werden, doch den Menschen, den kann man versuchen zu verstehen, ohne sein Verhalten zu entschuldigen. Aber jetzt, da dieser Mensch vor uns steht, sind wir uns nicht mehr sicher, wie das gehen soll, einen wie Bruno Kistler zu verstehen. Einen Kinderschänder.



Nebelschwaden ziehen durch den Wald. Die ersten hundert Meter legen wir schweigend zurück, Small Talk über Pilze wäre fehl am Platz. Nach einer ersten Steigung beginnt Kistler zu erzählen: kaufmännische Lehre, Hochzeit, das erste Kind, Ferien auf Ibiza – eine Schweizer Durchschnittsbiografie. Mitte fünfzig kommt ein unerwarteter Karrieresprung: Kistler übernimmt eine Schreinerei irgendwo im Berner Oberland, fünf Angestellte, volle Auftragsbücher. Doch auf ein paar gute Jahre folgen viele schlechte, Existenzsorgen multiplizieren sich mit Eheproblemen, da beginnt er abends, wenn die Familie schläft, im Internet «Druck abzulassen», so nennt er es. «Es hat mit Macht zu tun, so viel verstehe ich heute», sagt er und trinkt einen ersten Schluck Tee aus seiner Thermoskanne. Es fing mit harmloseren Videos auf legalen Seiten an, sagt er, dann wurden die Bilder immer expliziter, die Frauen immer jünger, bis er eines Tages in Kindergesichter blickte.

Kistler ist nicht pädophil, so steht es im Gutachten, das über ihn erstellt wurde. Tatsächlich sind nur die wenigsten Konsumenten von kinderpornografischem Material pädophil veranlagt, das zeigen Studien.

Weiterlaufen. Hinein in den dichten Herbstwald. Männer wie Kistler sind keine kranken Einzelfälle, sondern erschreckend normal, Schreiner, Lehrer, Nachbarn, Onkel, Grossväter. Das ist die vielleicht bitterste Erkenntnis: wie weit verbreitet der Konsum solcher Bilder ist und wie leicht man an das Zeug gelangt. Zwar gibt es fast kein Thema, das so einhellig verdammt wird wie die sexuelle Ausbeutung von Kindern, und doch genügen zwei, drei Klicks, und schon ertrinkt man in einem Bildermeer nackter Kindergartenmädchen, die zu aufreizenden Posen gezwungen werden. Allein das Wort Kinderpornografie zeigt auf, wie sehr wir als Gesellschaft das Problem bagatellisieren. Denn hinter jedem Bild steht eine Straftat, stehen Machtmissbrauch und Qual. Das Wort verschleiert, was eigentlich vor sich geht: Warum nennen wir etwas Pornografie, wenn es in Wahrheit Misshandlungen sind?

Fachleute haben davor gewarnt, dass der Lockdown Anfang des Jahres zu einer Zunahme des Konsums und der Herstellung solcher Abbildungen führen werde, weil Menschen wie Kistler, weil wir alle mehr Zeit vor den Computern verbringen würden.

Doch was dann geschah, hat sie alle überrascht.

## **II. Die Pandemie**

Als im Februar und März ein Land nach dem anderen den Lockdown verkündete und sich unser Leben auf die eigenen vier Wände beschränkte, da kursierten viele lustige Videos singender Menschen auf Balkonen; Bilder goldbraun gebackener Sauerteigbrote machten in Whatsapp-Gruppen die Runde, und wir alle lachten, als es hiess, dass Websites mit legaler Pornografie Rekordklickzahlen verkündeten.



Doch woran damals kaum jemand dachte, war, dass auch die Nachfrage nach illegalen Inhalten steigen würde. Heute zeigt sich: Die Zahlen überstiegen alle Befürchtungen. Es ist das vielleicht dunkelste Kapitel dieser Corona-Pandemie, weil es einer so entsetzlich banalen Gesetzmässigkeit folgt: je mehr Männer sich im Internet tummeln, desto mehr Kindesmissbräuche.

«In der Schweiz und der EU nimmt der sexuelle Missbrauch von Kindern im Internet extrem zu», sagt Regula Bernhard Hug, Geschäftsleiterin von Kinderschutz Schweiz. Die Meldungen über sexuell missbräuchliches Material, die von verschiedenen Online-Meldestellen gesammelt und an die Polizei weitergeleitet wurden, stiegen weltweit in sieben Jahren von rund einer Million auf 17 Millionen im Jahr 2017. Europa spielt dabei eine unrühmliche Vorreiterrolle, denn 90 Prozent der Websites, die Bilder von Kindesmissbräuchen anbieten, werden auf europäischen Servern vor allem in Ländern wie den Niederlanden und Irland gehostet. «Seit der Pandemie hat die Nachfrage noch einmal um 30 Prozent zugenommen», sagte EU-Innenkommissarin Ylva Johansson gestützt auf Zahlen von Europol im Juni dieses Jahres und sprach nicht etwa von vereinzelt Usern im tiefsten Darknet, sondern von Websites, die nur zwei Klicks von Betty Bossis Apfelkuchenrezepten entfernt sind. Auch in der Schweiz stiegen die Zahlen «zwischen März und Mai», heisst es beim Bundesamt für Polizei (Fedpol).

Man kann den Anstieg auch in einem fernen Land wie den Philippinen beobachten, wo viele dieser Videos gedreht und international verhökert werden. Schon vor der Pandemie galt das Land als Hotspot des organisierten Kindesmissbrauchs, schreibt die Menschenrechtsorganisation International Justice Mission. «Es gibt klare Indizien dafür, dass die Corona-Pandemie zu einer nie da gewesenen Zunahme an Missbräuchen philippinischer Kinder geführt hat.»

Europol bestätigt steigende Nutzerzahlen dieser sogenannten Live-Stream-Sessions, in denen Männer aus dem Westen aus gemütlichen Wohnzimmeresseln heraus sexuelle Handlungen mit Minderjährigen auf den Philippinen dirigieren. Es ist der digitale Albtraum, der hier wahr wird: Sie sitzen Tausende Kilometer von den Kindern entfernt und befehlen ihnen, sich nicht nur auszuziehen, sondern sich an den eigenen Geschwistern zu vergehen oder von Erwachsenen vergewaltigen zu lassen. Alles ist möglich, was sich ein Hirn an Phantasien zusammentackert, man muss nur bezahlen.

Wir sind alle versucht, das Udenkbare, das Grässliche und Tabuisierte in ferne Länder wie die Philippinen abzuschieben, weil wir es nicht aushalten, was vor unserer eigenen Haustüre passiert. Wir fokussieren auf abscheuliche pädokriminelle Missbrauchsnetzwerke, wie jüngst in Bergisch Gladbach, wo ein Vater sein 15-monatiges Kind über drei Jahre lang Hunderten zum Missbrauch anbot. Schaut mal diese Monster!, rufen wir und fordern härtere Strafen. Doch indem wir das tun und auf die spektakulären Fälle hinweisen, verdrängen wir, dass es auch so etwas wie den alltäglichen Missbrauch gibt, den stillen Normalfall, der sich täglich vor unseren eigenen Augen in den Zimmern unserer Kinder ereignet.



Schon vor der Pandemie gaben 34 Prozent der 13-jährigen Mädchen und 10 Prozent der Buben in der Schweiz an, im Internet von einer fremden Person mit unerwünschten sexuellen Absichten angesprochen worden zu sein. Während Corona wird auch diese Zahl hochgeschwungen sein, sagen Experten der Internet Watch Foundation (IWF), einer Organisation, die sexuellen Missbrauch im Internet bekämpft. Sie beobachteten während der ersten sechs Pandemienmonate einen «verstörenden Anstieg» an sogenanntem Cyber-Grooming. Minderjährige, oft Kinder im Alter von 11, die in Chats ihrer Lieblingsgames von Fremden dazu überredet werden, Nacktvideos von sich herzustellen und zu verschicken. 44 Prozent des missbräuchlichen Materials, das die Organisation IWF auf Websites fand und den Behörden meldete, wurden von Minderjährigen selbst hergestellt.

Noch immer gilt die Regel, Kindern einzubleuen, nicht zu Fremden ins Auto zu steigen. Aber die statistisch viel grössere Gefahr droht im Internet, gerade in Zeiten von Corona.

Das Ausmass, die Systematik und der Machtmissbrauch, mit dem Kinder zu intimsten Entblössungen gezwungen werden, erinnern an die vor drei Jahren entfachte MeToo-Bewegung, in der erwachsene Frauen weltweit auf sexuelle Belästigungen aufmerksam machten. Die Kinder aber, denen Ähnliches widerfährt, sei es online oder in der Realität, verstehen gar nicht, was ihnen passiert; es ehlt ihnen die Stimme, mit der sie sich wehren könnten, und die Lobby, die sich für sie einsetzt. Die Scham, sich an die Eltern zu wenden, ist zu gross, das Trauma jedoch begleitet sie ein Leben lang.

### **III. Das Experiment**

An einem Freitagabend Ende Oktober loggen wir uns in einen Chat ein, der damit wirbt, dass man hier «Spas hat» und «gemeinsam lachen» kann. Auf der Website sieht man Fotos fröhlicher Menschen in bunten Poloshirts, die vor ihren Handys sitzen und sich gegenseitig Ferientipps und Rezepte versenden. Wir geben uns als 13-jähriges Mädchen aus und nennen uns Lisa. Es ist keine Altersbegrenzung sichtbar, keine Warnung, ein Häkchen noch, dass wir die AGB gelesen haben, die sowieso niemand liest, und schon sind wir drin.

Unser Plan lautete, sieben Abende hintereinander im Chat zu verbringen und Statistik zu führen, was einem als 13-jährigem Mädchen so alles widerfährt. Wir wollten verstehen, wie und ob es überhaupt zu Kontaktaufnahmen kommt und was eine 13-jährige Lisa alles über sich ergehen lassen muss auf ihrer Suche nach Freunden im Internet.

Wir haben uns, sollten wir danach gefragt werden, eine kurze Biografie zu unserer Lisa ausgedacht, und falls jemand auf einem Foto beharrt, würden wir ein Bild eines Mädchens verschicken, das es in Realität nicht gibt, sondern von einem



Computerprogramm erschaffen wurde. Wir würden uns passiv verhalten, so nahmen wir uns vor, und niemanden blossstellen.

Wir gingen davon aus, dass wir in dieser einen Woche von vielleicht fünf oder sechs Männern angesprochen werden würden, die eindeutig sexuelle Anspielungen machen, trotz Lisas jungem Alter.

Was waren wir naiv.

Natürlich wussten wir, dass in anonymen Foren wenig Benimmregeln herrschen und es ruppiger zu und her geht als auf einem Ponyhof. Aber dass ein 13-jähriges Mädchen in einem Chat für Jugendliche wie ein Stück Ware behandelt wird, nein, das wussten wir nicht.

Es dauert an diesem ersten Abend keine 5 Minuten, da wird unsere Lisa von Männern – oder Menschen, die sich als Männer ausgeben – nur so erdrückt. Kein Anbandeln. Kein Kennenlernen. Vielleicht einmal ein: «Woher kommst du?» Oder ein: «Hallo sexy, besch us Luzärn?»

Vor allem aber wollen sie wissen, wie Lisa aussehe, was sie drunter trage, ob sie gerne Massagen habe, wie gross ihre Brüste seien, ob sie schon Sex gehabt habe und auf Urinspiele stehe. Auf Lisas Hinweis: «Aber ich bin doch erst 13!», folgt die Antwort: «Umso besser» – oft mit dem kaum zu ertragenden Zusatz: Hechel-Hechel.

Auch fallen Sätze wie: «Wollen wir uns mal im echten Leben sehen?»

Es ist schwierig, Statistik zu führen, das merken wir schon nach einem Abend. Es sind schlicht zu viele, die wie Krebse unter ihren Steinen hervorkriechen und sich im Schutz der Netzanonymität diesem 13-jährigen virtuellen Kind langsam nähern und es auf andere Plattformen locken, weil dieser Chat ungeeignet ist, um Videos und Bilder zu verschicken. Sie wollen mit Lisa ungestörter sein, wollen mit ihr skypen, wollen sie nackt sehen. Einer schreibt: «Ich würde dir für gewisse Dienste auch etwas bezahlen.»

\*Hechel-Hechel\*

\*Grins-Grins\*

\*😊😊\*



#### IV. Die Täter – Teil 2

Zurück in den Wald, zurück zu Bruno Kistler. Rast an einer Feuerstelle in der Nähe eines Weihers, der Boden ist übersät mit roten und gelben Blättern. Kistler hat an alles gedacht, Thermosflasche, Nüsse, Handschuhe, eine Zeitung, um sich auf die nasse Bank zu setzen. Er hat etwas Pedantisches, dieser Kistler.

Erst mit dem Stress im Beruf, sagt er, begann die Jagd nach Kindern im Internet. Er vernachlässigte seine Arbeit, weil er sich lieber in den Chats aufhielt, weil es die spannendere Welt war. Das Sammeln wurde zur Sucht, sagt er, und das Internet bot unendlich viel Stoff, bis die Berner Polizei, die von amerikanischen Behörden einen Tipp erhalten hatte, bei Kistler klingelte, morgens um fünf, Juni 2016, Hausdurchsuchung. «Was haben wir denn getan?», schrie Kistlers Frau.

«Niemand wusste, was ich da tat. Das war Teil des Kicks. Es war mein Geheimnis, etwas, was ich ganz für mich allein hatte», sagt Kistler rückblickend. Im Laufe der Zeit lernte er Gleichgesinnte kennen. «Das hat mich beruhigt», sagt Kistler, «weil ich merkte: Ich bin nicht allein.»

Erst beschnuppere man sich, erzählt Kistler über die Kontaktaufnahme zu anderen Männern mit ähnlichen Vorlieben, «man muss ja vorsichtig sein. Irgendwann tauscht man erste Bilder aus und Tipps, wie man vorgeht, um möglichst keine digitalen Spuren zu hinterlassen. In die meisten Netzwerke gelangst du nur, wenn du eigene Bilder mitbringst, am besten von Kindern aus der Umgebung. Es ist dein Eintrittsticket», sagt er. Doch das habe er nie getan. «Alles geschah online, nie in Realität. Ich schaue auch keinen Kindern auf der Strasse nach.» Er stehe nicht auf Minderjährige, sagt Kistler und steht jetzt auf, weil es ihm unangenehm ist. Er sucht Holz und will ein Feuer machen. «Aber ich kann doch nichts dafür, dass es diese Bilder gibt», sagt er noch. «Die gäbe es auch ohne mich!»

Ähnlich liegt der Fall eines ehemaligen Angestellten einer Schule in Jonen, Kanton Aargau. Nennen wir ihn Erich Bähler. An einem sonnigen Septembertag dieses Jahres sitzt er im holzgetäfelten Gerichtssaal Bremgarten. Bähler, 56, wird nicht nur der Besitz Tausender illegaler Videos und Bilder mit Minderjährigen und Tieren zur Last gelegt. Er hat darüber hinaus Kameras in zwei Mädchengarderoben installiert, «unter den Umkleidebänken», um die Kinder heimlich zu filmen, wie es in der Anklageschrift heisst. «Ich weiss nicht, was für ein Teufel mich da geritten hat», sagt er leise und fügt hinzu: «Ich hatte ein Burnout. Nichts hat mir mehr Spass gemacht.»

Trotz den Kameras und den vielen illegalen Videos ist in Bählers Gutachten lediglich von einer «leichten pädophilen Neigung» die Rede. «Ich war neugierig», sagt er, deshalb habe er im Internet herumgesurft.



So wie Bruno Kistler spricht Bähler von einem «Sammelwahn», dem er verfallen sei. Schon 2004 wurde Bähler wegen Besitzes von Kinderpornografie bestraft, nur hat er das seinem späteren Arbeitgeber, der Schule, nie mitgeteilt.

Für seine Vergehen muss dieser Erich Bähler 18 Monate ins Gefängnis. Kistler, der Schreiner im grünen Anorak, wurde zu zwölf Monaten verurteilt, die allerdings zugunsten einer therapeutischen Behandlung aufgeschoben wurden. Abgesehen von ein paar Tagen in Untersuchungshaft, bisschen Busse und ein paar gekündigten Freundschaften hat Kistler keine Strafe erhalten, obwohl er in verschiedenen Chats detailgetreu beschrieb, wie er in Babys eindringen und sie später aufschlitzen werde.

Bei Bähler und Kistler handle es sich um «die kleinen Fälle», sagen Staatsanwälte und auf Cybercrime spezialisierte Polizisten, die lieber anonym bleiben. Man erwische nur «die technischen Trottel», sagen sie, die Kistlers und Bählers und ein paar andere digitale Anfänger, die nicht einmal wüssten, wie sie ihre IP-Adresse verschlüsseln können. «Von den wahren Tätern sind wir meilenweit entfernt», heisst es in Ermittlerkreisen.

Unsere Recherchen zeigen: Die Schweiz ist ein gutes Pflaster für Pädokriminelle, weil sie hier, anders als in anderen Ländern, mehr oder weniger unbehelligt ihr Unwesen treiben können. Im Jahr 2019 kam es zu 313 Verurteilungen in Zusammenhang mit Kinderpornografie, die Zahl stagniert, obwohl der Konsum und der Handel deutlich zunahmen. Auch was das Strafmass angeht, ist die Schweiz im Vergleich zu Deutschland beinahe grosszügig. Kindesmissbrauch, ob online oder in Realität, wird von unserem Nachbarn Deutschland gleich behandelt, der Strafrahmen ist höher, die Gesetze differenzierter und der Schweiz um Längen voraus.

Vor allem aber fehlt es hier an Strukturen und Ressourcen, es fehlt am politischen Willen und an der Einsicht, dass diese Dinge auch bei uns geschehen, nicht nur auf den fernen Philippinen. In manchen Kantonen darf man als Polizist nicht einmal verdeckt ermitteln, was im Bereich Cybercrime etwa so effektiv ist wie die Verfolgung flüchtiger Bankräuber auf einem Trottinett.

Denn als der Konsum kinderpornografischer Inhalte während des Lockdown hochschnellte, als die Täter auszunutzen versuchten, dass sich viel mehr Kinder im Netz aufhielten, da waren die Schweizer Behörden vor allem mit einem beschäftigt: mit sich selbst.

## **V. Die Schweiz**

Die meisten Ermittler, die mit verdeckter Identität in Chats und in Online-Tauschbörsen nach pädokriminellen Tätern suchen, kennen folgende Geschichte: Ein alter Mann



beobachtet ein Mädchen, das am Strand Dinge aufhebt und ins Wasser wirft. Als er sich ihr nähert, erkennt er, dass es von den Wogen angespülte Seesterne sind, die sie vor dem Vertrocknen bewahren will. «Das ist doch nutzlos», weist der Alte das Kind zurecht, «das Meer spült mehr Seesterne an, als du je retten kannst.» Da gibt das Mädchen zur Antwort: «Aber für diesen einen Seestern ändert sich alles.»

Diese Parabel gilt als Leitmotto einer verschworenen Gruppe spezialisierter Polizisten und Staatsanwältinnen, die sich in der Schweiz tagtäglich mit den Abgründen der männlichen Sexualität befassen. Es sind engagierte Fachleute, deren schwächliche Ressourcen in keinem Verhältnis zur Flut an Pädokriminalität stehen. Doch ihre psychisch belastende Arbeit, die Sichtung all dieser Bilder und Chats und die Infiltrierung in pädokriminelle Netzwerke wird seit Jahren durch einen energiezehrenden Machtkampf zwischen Bund und Kantonen unnötig erschwert.

Vor nicht allzu langer Zeit, da konnte die Schweiz mit Ländern wie Deutschland, England oder den Niederlanden mithalten, die gezielt in Personal, Wissen und neueste Technologien investierten, um pädosexuell motivierten Straftätern im Internet das Handwerk zu legen. Sie hatte ihre Kräfte ab 2003 beim Bund zentralisiert, denn auf Kantonsebene sah man sich damals weder fachlich noch technologisch in der Lage, der rasant fortschreitenden Digitalisierung und Internationalisierung in diesem Bereich auch nur annähernd gerecht zu werden.

Internetkriminalität hält sich nicht an Grenzen, warum also die Ermittlungen an Kantonsgrenzen binden, sagte man sich und gründete die Koordinationsstelle für die Bekämpfung der Internetkriminalität (Kobik), die im Bundesamt für Polizei (Fedpol) angesiedelt ist und sich um illegale Online-Pornografie, aber auch Erpressung und Betrug kümmern sollte.

«Mit Kobik hatte die Schweiz ein starkes Instrument, das eine Schlüsselfunktion einnahm und hochspezialisierte Ermittler hervorbrachte», sagt ein langjähriger Mitarbeiter.

Warum sich die Schweizer Kantone trotzdem dazu entschlossen haben, Kobik per Ende 2020 aufzulösen, in einem Zeitraum, in dem der Konsum stieg, und die Strafverfolgung im Bereich Cybercrime wieder an sich zu nehmen, darum soll es im Folgenden gehen – aber nicht nur. Denn der lange Streit um Kompetenzen und Zuständigkeiten endete diesen Sommer auch in einer persönlichen Tragödie, die alle Betroffenen in den Beamtenbüros von Bern fassungslos zurückliess.

Als vor ein paar Jahren klar wurde, dass die Kantone die Ermittlung und Strafverfolgung im Bereich Internetkriminalität wieder an sich nehmen würden, strich man der nationalen Koordinationsstelle Kobik finanzielle Ressourcen. Die Idee war, dass die einzelnen kantonalen Polizeikorps Schritt für Schritt die Arbeit von Kobik übernehmen und auch verdeckt nach pädosexuell motivierten Straftätern im Internet





fahnden würden. Doch davon sei man weit entfernt. Dieses Ziel sei nie erreicht worden, sagen mehrere ehemalige Mitarbeiter unabhängig voneinander. Manche Korps seien schlicht zu klein, heisst es, in anderen fehle es am technischen Können. In der Innerschweiz greife die Polizei auf private Ermittler zurück, in beiden Appenzell ist es gesetzlich verboten, verdeckt zu ermitteln. Selbst grössere, personell höher dotierte Polizeikorps schafften es kaum, die Flut an Meldungen aus dem Ausland zu bewältigen, geschweige denn auf Verbrecherjagd in Foren und Tauschbörsen zu gehen, das bestätigt ein halbes Dutzend Quellen, mit denen wir gesprochen haben.

In einer Analyse des Bundesamtes für Polizei mit dem Titel «Pädosexuelle Kriminalität im virtuellen Raum» aus dem Jahr 2019, die der «NZZ am Sonntag» vorliegt, wird schwere Kritik an der eigenen Arbeit laut. In den Kantonen geniesse die Ermittlung in der Online-Pädokriminalität wenig Priorität, heisst es. In 18 Kantonen würden nur gerade 15 Stellenprozente für den Kampf gegen Kinderpornografie aufgewendet, steht da.

Zum Vergleich: Bei der Zürcher Stadtpolizei gibt es eine Person, die nichts anders tut, als sich von morgens bis abends fünf Tage die Woche um gestohlene oder verlorene Fahrräder zu kümmern.

Einzelne Polizeikorps würden über «keine Spezialeinheit verfügen», steht im internen Dokument, und hätten mehrere Jahre keinerlei proaktive Ermittlungen im Bereich Online-Pädokriminalität geführt. Andere Polizeikorps gaben zu Protokoll, dass sie aufgrund «lokaler Prioritätensetzung» über Jahre sämtliche pädokriminelle Internetfälle zurückstellen mussten und sich bei der Bearbeitung von Anzeigen in einem kaum mehr aufzuholenden Rückstand befänden.

«Bei jeder meiner Mitarbeiterinnen liegen ein paar Verdachtsfälle von Kinderpornografie zuunterst im Körbchen», sagt ein Leiter einer kantonalen Fachgruppe für Sexualdelikte, der anonym bleiben will. Das habe damit zu tun, dass die sogenannten «Hands-on-Delikte», also Sexualdelikte, bei denen die Täter handgreiflich werden – Vergewaltigung, Menschenhandel –, in der Schweiz rechtlich schwerer wiegen als Kinderpornografie. Entsprechend werde bei stark begrenzten Ressourcen der Schwerpunkt auf «Hands-on-Delikte» gelegt.

Die Schweizer Strafverfolgung von Konsumenten, Anbietern oder Produzenten von Online-Kinderpornografie war noch nie so geschwächt wie heute. Zu diesem Schluss führten uns Gespräche mit Ermittlern, Polizeikommandanten, Staatsanwälten und Experten von Nichtregierungsorganisationen. Das bestätigt selbst der interne Bericht des Bundesamtes für Polizei: Zahlen und Fakten aus der einschlägigen Polizeiarbeit kontrastierten mit der «Schwere und Verbreitung dieser besonders verwerflichen Form der Schwerstkriminalität, welche die Schwächsten der Gesellschaft nachhaltig schädigt.» Und weiter: «Das Phänomen der pädosexuellen Kriminalität wird nicht von allen beteiligten Stellen in seiner ganzen Tragweite erkannt.»



Für diesen Text haben wir über Wochen versucht, die verantwortlichen Stellen bei der Polizei mit der Kritik zu konfrontieren. Doch die Reaktionen kamen nur spärlich oder mit Verweis auf einen Wechsel im Führungspersonal. Ermittlungsdefizite stritten die Adressaten ab und fügten an: Klar könne man immer mehr machen.

Kurz vor Redaktionsschluss wurde doch noch eine Stellungnahme verschickt, Absender war die Konferenz der Kantonalen Polizeidirektoren der Schweiz. Im Bereich Online-Pädokriminalität sei es in den letzten Jahren zu einem Ausbau in den Polizeikorps gekommen, heisst es. «Heute gibt es in der ganzen Schweiz knapp 18 Vollzeitstellen, welche sich mit verdachtsunabhängigen Ermittlungen und dabei schergewichtig auch mit Pädokriminalität beschäftigen.»

Zudem ist die Rede von einer besseren Koordination der Kantone und einer «Bündelung der Ressourcen» innerhalb der Cyberkriminalität. Eine späte Reaktion auf ein seit Jahren vernachlässigtes und verdrängtes Problem.

## **VI. Der Suizid**

Die Kritik an der Untätigkeit der Behörden ist nicht neu.

Albert Weibel (Name geändert) kämpfte über zwei Dekaden seines Lebens gegen Verbrecher. Ab Mitte der 1990er Jahre arbeitete er für die Bundespolizei und leitete zuletzt die Cybercrime-Einheit. Weibel galt als fähiger, integrierender Polizist, der sich der Sache verpflichtet fühlte. Er war einer, heisst es, der machtpolitische Rängeleien in der Polizeibehörde offen kritisierte. Das passte nicht allen in den Kram.

Vor allem aber hatte er sich dem Kampf gegen Kinderpornografie im Internet verschrieben und konnte es nicht fassen, mitanzusehen zu müssen, wie immer mehr Mittel in die Terrorabwehr gesteckt wurden und die verdachtsunabhängige Ermittlung von Pädokriminalität auszutrocknen drohte. Während für die Terrorbekämpfung und die organisierte Kriminalität laufend Stellen geschaffen wurden, heisst es, habe man der Bekämpfung der Pädokriminalität den Hahn zugedreht.

«Weibel konnte Missstände nicht stehenlassen. Was das angeht, war er ein richtiger Polizist», erklärt einer seiner Mitarbeiter. Er habe sich an den Amtsweg gehalten und versucht, seine Vorgesetzten auf den Missstand aufmerksam zu machen. Doch die reagierten nicht.

«Irgendwann kam er zur Einsicht, dass er seinen Auftrag nicht mehr wahrnehmen konnte», sagt Weibels Mitarbeiter. Mitte 2018 kündigte er, nachdem er intern zurückgestuft worden war, und informierte alle Fedpol-Mitarbeiter über seine Gründe: Wie frustrierend es sei, dass in dieser Behörde Eigeninteressen über denen des



Allgemeinwohls stehen, schrieb Weibel. Verfahren würden verschleppt, weshalb Produzenten und Konsumenten von Kinderpornografie frei herumliefen. Dem Thema werde zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt und das wolle er, Weibel, nicht länger hinnehmen.

Wenige Stunden später stand vor Weibels Haus ein Sonderkommando, darunter einige seiner ehemaligen Arbeitskollegen. Sie drangen in sein Haus ein und beschlagnahmten seine Waffen. Später folgte eine Anzeige des Fedpol wegen Amtsgeheimnisverletzung. Auch die Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) wurde informiert, angeblich weil Weibel eine Gefahr für sich und andere sei. «Sie haben ihn als potenziellen Amokläufer qualifiziert, als lebensmüde.» Doch Weibel sei nie depressiv gewesen und schon gar nicht gewalttätig, sagt ein langjähriger Freund. Er habe ein glückliches Familienleben geführt, sagt er.

Ein anderer sagt: Er habe sich vielleicht zu sehr engagiert und keine Grenzen mehr gekannt.

Weibel, obwohl hochqualifiziert und auch bei ausländischen Polizeibehörden als Fachmann bekannt, konnte nach seinem Abgang beruflich nicht mehr Fuss fassen. «Sie haben ihn vernichtet, mental, aber auch wirtschaftlich», sagt der Freund und meint die Fedpol-Führung. «Sie haben seine Reputation zerstört.»

Das Bundesamt für Polizei widerspricht diesen Ansichten und entgegnet, Weibel habe eine «persönliche Abrechnung» öffentlich ausgetragen, auf die sie adäquat reagiert hätten.

Weibel versuchte zuletzt, sich als Coach selbständig zu machen und Menschen zu helfen, die sich in schwierigen Lebenssituationen befinden. Für sich selbst sah er wohl keinen Ausweg mehr. Im Sommer dieses Jahres wählte Weibel den Suizid. Er war 55 Jahre alt, hinterlässt eine Frau und zwei erwachsene Kinder. Sein Tod schockierte seine Freunde und ehemaligen Mitarbeiter. «Er sah sich als Kämpfer für das Gute und ist daran gescheitert», sagen sie und hoffen: Weibels Tod soll nicht vergebens sein.

## **VII. Das Experiment – Teil 2**

Wieder derselbe Chat, wieder als Lisa, 13, ein Durchschnittsmädchen vom Bodensee, das gern zu Taylor Swift tanzt und sich mit seiner kleinen Schwester streitet. Wir loggen uns an diesem Samstag am Vormittag ein, vielleicht ist das Publikum morgens weniger grob?

Doch die Gespräche verlaufen noch heftiger. Lisa wird im Minutentakt von Männern virtuell begripscht, obwohl wir darauf hinweisen, wir seien erst 13. Einer, der sich «Masseur» nennt, beschreibt ungefragt, was er am liebsten mit uns anstelle; ein anderer will Fotos unserer Füße, und dann ist da noch «Manager59», der Lisa seine E-Mail-



Adresse mit vollem Namen schickt. Er stamme aus dem Allgäu, schreibt Rudi Brandl (Name geändert), «mit meinem BMW würde ich es in 90 Minuten zu dir an den Bodensee schaffen», schreibt er: «Hast du schon Brüste?»

Von Brandl werden wir ab diesem Zeitpunkt Dutzende von Nachrichten erhalten. Er wird versuchen, Lisas Vertrauen zu gewinnen; wird einmal nett und grossväterlich sein, ein andermal Nacktfotos fordern. Er tut das, was man Grooming nennt, in der Schweiz nicht verboten, es sei denn, die Eltern des Kindes reichen Anzeige wegen sexueller Belästigung ein.

Nach drei Tagen schreibt dieser Rudi Brandl: «Ich würde gerne an dir riechen. Wie gross bist du denn?» Nach vier Tagen schreibt er: «Ich würde dich am Sonntag gerne treffen... küsschen» – worauf wir als Lisa antworten: «Vielleicht?»

Brandl: «»

Tage später setzen wir uns ins Auto nach Rorschach. Er hat sich nicht strafbar gemacht, dieser Brandl, schliesslich sind wir ja auch kein 13-jähriges Mädchen. Aber er glaubt, Lisa zu treffen und sie auf eine heisse Schokolade einzuladen, sie vielleicht zu Bildern zu drängen oder sonstigen Handlungen. Wir wollen Brandl nur eine Frage stellen: Warum tust du das?

## **VIII. Die Politik**

Tun wir alles, um unsere Kinder zu schützen? Immer wieder haben Politiker ihren Regierungen diese Frage gestellt – auf kantonaler sowie auf nationaler Ebene. Einen Eindruck davon gibt die Geschäftsdatenbank des eidgenössischen Parlaments. Seit Anfang der nuller Jahre fordern Volksvertreter die Erhöhung des Strafmasses für Delikte im Zusammenhang mit Pädokriminalität im Internet. Einige Vorstösse, wie das Verbot, harte Pornografie zu besitzen, wurden realisiert. Andere scheiterten.

Etwa die Motion «zum Schutz von Kindern vor der rasant steigenden Gewalt im Internet» aus dem Jahr 2019. Sie wurde vom Bundesrat zur Ablehnung beantragt.

Früh wurde die Forderung laut, dass Internetprovider für den Inhalt, der auf ihren Servern gespeichert ist, zur Verantwortung gezogen werden können. Der Bundesrat antwortete ausweichend, stellte Massnahmen in Aussicht, drückte sich aber um eine klare Aussage. Nach zwei Jahren der Untätigkeit wurde der Vorstoss abgeschrieben.

Einer der letzten Versuche, die Online-Pädokriminalität auf die politische Agenda zu bringen, stammt von Ende 2019. Die heutige Verteidigungsministerin und damalige



Nationalrätin Viola Amherd forderte, Cyber-Grooming endlich unter Strafe zu stellen. Auch dieses Anliegen liegt in den Schubladen der Parlamentsdienste.

«Die Schweiz muss endlich aufwachen», sagt Regula Bernhard Hug, Geschäftsführerin von Kinderschutz Schweiz. In ihren Augen versagen die Strafverfolgungsbehörden und ihre politischen Verantwortlichen bei der Aufgabe, Kinder im Internet ausreichend vor sexuellem Missbrauch zu schützen. Mit Blick auf die EU, die kürzlich eine gemeinsame europäische Strategie zur Bekämpfung von sexuellem Missbrauch von Kindern im Internet für die nächsten fünf Jahre vorgelegt habe, sagt sie: «In der Schweiz laufen die Entwicklungen in die Gegenrichtung. In Deutschland etwa haben Fahnder neuerdings noch mehr gesetzliche Grundlagen, um verdeckt zu ermitteln. Bei uns jedoch haben viele Kantone wenig Erfahrung und zu wenige Ressourcen in diesem Bereich.» Die Auflösung der nationalen Koordinationsstelle Kobik sei ein grosser Fehler gewesen. «Der Bund braucht eine schlagkräftig ausgestattete Bundespolizei, die international stark vernetzt ist.»

Warum, fragt sich Bernhard Hug, wird sexueller Missbrauch von Kindern im Internet weniger schwer bestraft als realer Kindesmissbrauch? «Hinter jedem kinderpornografischen Bild steht ein sexuell ausgebeutetes Kind, eine fürs Leben gezeichnete Seele.» Doch die Strafe, die man dafür maximal erhalte, sei vergleichbar mit der für hohe Sachbeschädigung, sagt Bernhard Hug.

Anders als in den meisten anderen Ländern führe die Schweiz keine private Hotline für Meldungen von kinderpornografischen Inhalten, sagt Bernhard Hug. Das Meldeformular der Bundespolizei hält sie für ungenügend. «Die Hemmschwelle, den Strafverfolgungsbehörden so einen Fund zu melden, ist hoch. Man will nicht mit kinderpornografischen Inhalten in Zusammenhang gebracht werden.» Eine private Meldestelle könnte wesentlich zur Aufklärung pädokrimineller Aktivitäten im Internet beitragen.

Es scheint, sagt Bernhard Hug, als hätten auch die Politiker in Bern den Ernst der Lage noch nicht erkannt. «Es ist bereits fünf nach zwölf, die Politik muss handeln.»

## **IX. Das Ausland**

Ein Industriegebiet in der niederländischen Stadt Roosendaal nahe der belgischen Grenze. Zwischen Lagerhallen und Logistikunternehmen hat die Firma Nforce ihren Sitz in einem Backsteinbau mit kleinen Fenstern, Gewenten 6.

Wer in der Schweiz nach kinderpornografischem Material im Internet jagt, wie Kistler oder Bähler, der landet mit grosser Wahrscheinlichkeit früher oder später bei Inhalten, die auf niederländischen Servern liegen; zum Beispiel auf jenen der IT-Firma Nforce,



die sich trotz Mahnung der niederländischen Behörden weigert, alle ihre Server-Inhalte systematisch zu scannen und entsprechende Inhalte zu löschen. Der niederländische Justizminister, Ferdinand Grapperhaus, der den Ruf seines Landes als Hort der Kinderpornografie loswerden möchte, ist an der Erarbeitung eines Gesetzes, das Firmen wie Nforce mit Sanktionen belegen will, falls sie illegale Inhalte nicht innerhalb von 24 Stunden vernichten.

«Natürlich ist es richtig, das Internet zu reinigen, aber den Kampf gegen den sexuellen Missbrauch von Kindern gewinnen wir damit nicht», sagt Arda Gerkens von der Sozialistischen Partei und Leiterin einer Kinderschutzorganisation. Sie steht in ihrer Küche in Haarlem und macht Kaffee, als sie von einem Anruf unterbrochen wird. Eine Mutter erzählt, ihre minderjährige Tochter werde von ihrem Turnlehrer um Nacktbilder erpresst. Für Gerkens sind solche Gespräche Alltag.

Zusammen mit dem Justizministerium haben Gerkens und ihre Mitarbeiter einen sogenannten «Hash Check Service» entwickelt – eine Software, die es ermöglicht, Internetserver nach kinderpornografischem Material abzusuchen. Eine Methode, die zwar Erfolge zeigt, weil man immer etwas findet, aber gleichzeitig ineffizient ist, weil die Täter «ihr pädosexuelles Material einfach in die Ukraine oder in ein anderes Land verschieben».

Wichtiger sei, so Gerkens, sich als Gesellschaft zu überlegen, was man gegen die steigende Nachfrage tun könne. «Wir müssen etwas gegen die Männer tun, die Sex mit Minderjährigen für normal halten. Es sind oft solche, die zu viel legale Pornos schauen und irgendwann die sexuellen Reize erhöhen und bei illegalen Inhalten landen.»

Die Niederlande sind nicht das einzige Land, das die steigende Nachfrage nach Kinderpornografie bekämpfen will; in den USA werden verdächtige Inhalte schon seit längerem im grossen Stil gefiltert; in England setzen sich Menschen wie Isabelle von der Internet Watch Foundation jeden Tag dafür ein, kinderpornografisches Material zu melden.

«Jeden Morgen, wenn ich um 8 Uhr den Computer starte, arbeite ich alle Meldungen nach kinderpornografischen Inhalten ab, die bei uns eingingen.» 15258 waren es im September, sagt sie, so viele wie nie. «Wenn ich mit den Meldungen durch bin, mache ich mich aktiv auf die Suche nach strafbarem Material, das ich den Polizeibehörden weiterleite», so beschreibt Isabelle, 32, die nicht mit Nachnamen genannt werden will, ihren Arbeitsalltag.

Acht Stunden pro Tag, fünfmal die Woche sichtet sie Websites, Foren und Chats und begegnet sexuellen Abgründen, für die es kaum Worte gibt. «Ich wollte ursprünglich Schauspielerin werden, jobbte in einem Callcenter, als ich die Annonce las. Tja, das war vor sieben Jahren.»



Einmal im Monat gehe ihr Team zu Psychologen, mit denen sie sich besprächen. «Hätte ich selbst Kinder, würde mich dieser Job sicher mehr belasten», sagt sie. Auch könne sie abends im Pub kaum einmal über ihre Arbeit berichten, weil das meiste zu grausam sei. «Dafür kann ich behaupten, die Welt zu einem besseren Ort zu machen. Und vielleicht helfe ich auch dem einen oder anderen Kind.»

Es ist die Seesternparabel, die wir auch von Schweizer Ermittlern hörten, die Isabelle antreibt.

### **X. Die Täter – Teil 3**

Es ist spät geworden, als wir aus dem Wald kommen. Bruno Kistler sagt zwar immer wieder, wie sehr er sich schäme, wenn er von seinen Taten spreche, aber so nah scheint ihm das alles nicht zu gehen. Einmal sagt er, er habe «Scheisse gebaut»; ein andermal sagt er: «Asche auf mein Haupt, aber ich will jetzt vorwärtsblicken.» Kistler weigert sich, die Schwere seiner Tat anzuerkennen, obwohl er den Missbrauch und die Folter von Kindern mit seinem Verhalten förderte.

Er wusste zwar, dass er zu weit gegangen war und besser hätte aufhören sollen; aber überlegt, wie es den Kindern auf den Bildern und in den Videos geht, habe er sich nie. Auch nachdem man ihn anschreit, weil man aufgrund seiner Uneinsichtigkeit die Fassung verliert, sagt er nur: «Ich verstehe mein damaliges Verhalten selbst nicht.»

Im Gutachten, das über ihn erstellt wurde, steht: «Die Gefahr eines Rückfalls sei mittel- bis langfristig gegeben. Er muss den Beweis antreten, dass es nie mehr passieren wird.» Aber wie verhindert einer, der einmal süchtig war nach diesen Bildern, nicht erneut in diese Welt abzurutschen, die nur zwei, drei Klicks von ihm entfernt ist?

Kistler behauptet, er halte sich so wenig wie möglich im Internet auf und meide auch legale Pornografie, um ja nicht in Versuchung zu kommen. Er ist wie ein ehemaliger Alkoholiker, der selbst um Schwarzwäldertorten einen Bogen macht.

«Die Gesellschaft verschliesst die Augen vor der Tatsache, wie verbreitet mein damaliges Verhalten ist», das sei Teil des Problems, sagt Kistler. Weil Männer wie er derart verteufelt und tabuisiert werden, würden sie sich niemandem anvertrauen und Hilfe holen, sagt er noch, steigt in sein Auto und fährt heim zu Frau und Kindern.



### **XI. Das Experiment – Teil 3**

Pünktlich um 12 stehen wir am Hafen von Rorschach und warten auf Rudi Brandl, der Lisa mehrere Nachrichten schrieb und sie bat, sich «etwas Süßes» anzuziehen für dieses Treffen. Er sei «ganz aufgeregt», schrieb er am Abend zuvor und wählte einen Kussmund als Betreff in der E-Mail.

Jogger drehen ein paar Runden, der See ist vor dichtem Nebel kaum zu sehen. Wie sieht so einer wie Rudi Brandl aus? Ist es sein erstes Treffen mit einem Kind, oder hat er Übung darin? Beobachtet er die Umgebung, bevor er auf seine Opfer zugeht?

Rudi Brandl taucht nicht auf. Zumindest gibt er sich nicht zu erkennen. Möglich, dass er Einreiseprobleme hatte an der Grenze wegen der Situation mit Corona. Möglich auch, dass er gar nie erwogen hat, in die Schweiz zu kommen – wieso aber hat er dann Lisa am Abend zuvor noch geschrieben?

Wahrscheinlicher ist, dass er uns aus der Ferne sah; dass er merkte, dass es sich nicht um ein 13-jähriges Mädchen handelt, worauf er vielleicht zornig, vielleicht voller Scham in seinen BMW stieg und nach Hause fuhr, seinen Computer aufstartete, sich in den Chat einloggte und auf die Jagd nach einer neuen Lisa machte.